

Unverkäufliche Leseprobe



**Peter Reichel, Harald Schmid,  
Peter Steinbach**  
**Der Nationalsozialismus - die zweite  
Geschichte**  
Überwindung – Deutung - Erinnerung

496 Seiten, Gebunden  
ISBN: 978-3-406-58342-1

## Die «zweite Geschichte» der Hitler-Diktatur Zur Einführung

Das 20. Jahrhundert ist auf vielfältige Weise charakterisiert worden. Eric Hobsbawm hat den wohl durchschlagendsten Begriff gefunden, als er vom «Jahrhundert der Extreme» sprach. Ob es das Jahrhundert der Demokratien gewesen ist, kann man bezweifeln, denn entscheidend wurde das 20. Jahrhundert von Diktaturen geprägt. Sie forderten Verfassungsstaaten heraus, unterlagen in der Regel den freiheitlichen Demokratien, hinterließen ihnen zugleich aber große Hypotheken. Denn postdiktatorische Gesellschaften mussten die Folgen der diktatorisch veranlassten Eingriffe in Sozialstrukturen, Besitzverhältnisse, Milieus und Wertstrukturen bewältigen. Deshalb blieben solche Staaten und Gesellschaften stets verbunden mit der Geschichte der überwundenen Galtherrschaft.

Auch die beiden deutschen Staaten, die nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht entstanden und zunächst maßgeblich durch die Kriegsziele und Erfahrungen der Siegerstaaten geprägt wurden, sahen sich durch die Notwendigkeit herausgefordert, mit der NS-Diktatur umzugehen. Die Alliierten errichteten in Deutschland Besatzungszonen, in denen sie jeweils eine unterschiedliche Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Nationalsozialismus gaben. Während sich die amerikanischen Besatzungsziele auf eine politisch-kulturelle «Re-education» der Deutschen konzentrierten, strebte die französische Regierung eine Schwächung der deutschen Vormachtstellung in der Mitte Europas durch politische und administrative Dezentralisierung an. Die sowjetische Militäradministration setzte auf politische Säuberung, Enteignungen und die Zerstörung der angeblichen ökonomischen Basis des «Faschismus». Die britische Besatzungsmacht sah in der nationalsozialistischen Politik vor allem das Wirken einer kriminellen Elite, die als Outlaws bezeichnet wurden.

Seit der ersten Stunde der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Herrschaft war aber unstrittig, dass auch die Deutschen selbst an der Überwindung des Dritten Reiches mitwirken mussten. Auch wenn heute der Begriff «Re-education» zumeist mit «Umerziehung» übersetzt wird, so ist doch die wörtliche Übertragung «Wiedererziehung» eigentlich zutreffender. Diese erstreckte sich über den Zeitraum vieler Jahrzehnte und auf viele Bereiche von Kultur, Verwaltung und Wirtschaft, hatte viele Widerstände zu überwinden und auch Rückschläge zu kompensieren. Die Umstände dieser

langsamen Wandlung lassen sich nicht auf einen Begriff bringen, denn sie sind das Ergebnis vielfältiger Interventionen. Die Haltung und die Ziele der Alliierten spielten wegen ihrer Unterschiedlichkeit ebenso eine wichtige Rolle wie die Tatsache der deutschen Teilung. Denn die Konkurrenz der Systeme erstreckte sich auch auf die Deutung der Vergangenheit. War in der Bundesrepublik von «Vergangenheitsbewältigung» und «Aufarbeitung der Vergangenheit» die Rede, lautete in der DDR die stereotype Wendung, der «Faschismus» sei «mit der Wurzel ausgerottet» worden. Jede dieser Formeln steht für ein Konzept der Konfrontation mit der Zeitgeschichte und hat nicht nur ihre Zeit, sondern auch ihre spezifische Geschichte.

Dieses Buch schildert die komplexe Geschichte eines vergleichslosen Versuches, mit Vergangenheit «umzugehen». Auch wenn heute immer wieder von der «geglückten deutschen Nachkriegsdemokratie» gesprochen wird, so handelt es sich hier um keine «Gratulationsadresse» anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Denn diese vertiefte zunächst die deutsche Teilung, zog sie doch innerhalb weniger Wochen die Gründung eines zweiten deutschen Staates nach sich. Deshalb stehen im Zentrum dieses Buches nicht die westdeutsche Republikgründung und ihre angebliche Erfolgsgeschichte. Denn die Auseinandersetzung mit der «Nachgeschichte des Nationalsozialismus» bedeutet, Widersprüche und Widerstände zu erforschen, die erklären können, wie schwierig es war, die deutsche Gesellschaft und Politik zu veranlassen, sich der Vergangenheit zu stellen.

Wir haben vor einigen Jahren den Vorschlag gemacht, neutral von einer «zweiten Geschichte» des Nationalsozialismus zu sprechen. Damit sollte auch deutlich gemacht werden, dass dessen Nachgeschichte zugleich Loslösung von Vergangenheit, aber auch Integration der Geschichte in das Nachkriegsbewusstsein bedeutete. Diese Nachgeschichte ist ein Vielfaches länger als die zwölf Jahre des «Dritten Reiches» und steht zu diesem in einem dialektischen Verhältnis der Aufhebung – in dreifacher Wortbedeutung verstanden. Der Untertitel dieses Buches deutet sie an:

Die ordnungspolitische, vor allem aber politisch-justizielle und politisch-kulturelle *Überwindung* der Hitler-Diktatur, sodann ihre kritisch-verstehende *Deutung*, Einordnung und Bewertung in übergreifender und vergleichender Perspektive. Und nicht zuletzt die ästhetisch-kulturelle, politisch-symbolische, öffentliche *Erinnerung* an sie und deren verpflichtende Festschreibung für Generationen. Es geht bei der «zweiten Geschichte» also um dauerhafte Anstrengungen und Aktivitäten, die nicht etwa nacheinander, auch nicht kumulativ und zielgerichtet, einem Plan, einer inneren Logik folgten, sondern gleichzeitig stattfanden, wenn auch in jeweils sehr unterschiedlicher Intensität und inhaltlicher Akzentuierung, von Zufällen ebenso beeinflusst wie von struktu-

rellen Faktoren. Aber selbstverständlich umfasst sie auch die unterbliebene Auseinandersetzung mit Hitler und Auschwitz sowie Schweigen, Verdrängen und Leugnen – auch dies ist Bestandteil der «zweiten Geschichte».

Bei aller Gegenwarts- und Zukunftsorientierung im vorwärtsdrängenden Wiederaufbau, den unruhigen Jahrzehnten des Umbruchs, des Generationen- und Wertewandels, der neuen sozialen Bewegungen, der terroristischen Bedrohung, die folgten – die deutsche Gesellschaft wurde immer wieder auf ihre jüngste Vergangenheit verwiesen, von ihr eingeholt, durch sie irritiert, auch polarisiert und herausgefordert.

Verstärkt durch den im Laufe der Jahrzehnte schneller schlagenden Rhythmus der Jahrestage, hat das nicht zuletzt dem Verwertungsinteresse der Medien in erheblichem Maße erliegende, keineswegs mehr nur kalendarisch-wiederkehrende Gedenken der teils gesuchten, teils gefürchteten und immer politisch umstrittenen Vergegenwärtigung der Vergangenheit zusätzliche Impulse gegeben. Das begann in den sechziger Jahren, verbreiterte und intensivierte sich in den anschließenden Jahrzehnten und steigerte sich noch einmal nach dem Fall der Mauer im vielbeschworenen antitotalitären Bekenntnis, das die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, die beide deutschen Staaten auf ihre je eigene Weise verkörperten, und der SED-Herrschaft zusammenführen sollte. Mit einem abgewandelten Wort Nietzsches: Was immer die deutsche Gesellschaft unternahm, wie weit und wie schnell sie sich auch von ihrer Vergangenheit wegzubewegen meinte, Schuld und Schulden zu tilgen versuchte, das Vergessen ließ sich nicht lernen, «die Kette», durch die sie am Vergangenen hing, ließ sich nicht abschütteln.

Die «zweite Geschichte» lenkt den Blick auf den Umgang beider deutscher Teilgesellschaften mit den zwölf Jahren der NS-Herrschaft, der «ersten deutschen Diktatur», die nicht zuletzt wegen der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen als die folgenschwerste der deutschen Geschichte überhaupt bezeichnet werden muss. Hannah Arendt sprach davon, dass in diesen Jahren manches «ganz und gar verbrannt» sei und drückte auf ihre Art die Endgültigkeit dieser Zeit mit ihren Eingriffen in die Geschichte, die Strukturen, Kulturen und Milieus aus.

Viele meinten, das 20. Jahrhundert sei das Jahrhundert der Extreme, der Demokratien, der Menschheitsverbrechen. Sie sprachen – zumindest bis zum 11. September 2001 – vom kurzen 20. Jahrhundert und koppelten die Bewertung vor allem an die 1945 beginnende Zweiteilung der Welt, die sich dann zum Kalten Krieg steigerte und die weltpolitischen Machtverhältnisse bis heute geprägt hat. Ebenso folgenreich ist wohl, dass besonders die Erfahrung und Auseinandersetzung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts das Vertrauen der Menschen in die Verlässlichkeit des zivilisatorischen Fortschritts nachhaltig in

Frage gestellt hat. Denn es ging nicht nur um die industriemäßig betriebene massenhafte Ermordung der europäischen Juden, der «Geisteskranken», der «Zigeuner» im Zusammenhang mit dem seit den achtziger Jahren weltweit «Holocaust» genannten Großverbrechen des Völkermords. Es ging auch um die Einsicht, diese Verbrechen seien zugleich auch ein Ergebnis der Moderne wie des antimodernistischen Protestes.

Vor allem für die deutsch-deutsche Doppelgeschichte gilt, dass der Nationalsozialismus der bundesrepublikanischen Staatsräson ihren konstitutiven Kern gab, und sei es als ein umfassend gedachter Vermeidungsimperativ. Der oftmals als viel zu «defensiv» kritisierte Charakter der Verfassung des Grundgesetzes ist das Gegenmodell zur Herrschaftsordnung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates, eine Art der «Negation der Negation» (Ernst Fraenkel) des Pluralismus durch die Hitler-Diktatur. Die Bundesrepublik musste ebenso wie die DDR auf je spezifische Weise zurückgewinnen, was das nationalsozialistische Deutschland zerstört und nicht zuletzt an Menschenrechten verspielt hatte: demokratische Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftlichen Pluralismus, Ansehen in und Vertrauen aus der internationalen Staatenwelt, Vertrauen in die Normen des liberalen Verfassungsstaates mit Konfliktfähigkeit, Gewaltenteilung, Gewissens-, Meinungs- und Pressefreiheit. Die – natürlich nie unumstrittene – Bereitschaft, die Erblast zu übernehmen und für die moralischen und materiellen Folgen der Gewaltherrschaft und des Krieges einzustehen, war und blieb darin allerdings für die Bundesrepublik Deutschland in stärkerem Maße umschlossen als für die DDR, die die Verantwortung für die deutsche Geschichte in starkem Maße, M. Rainer Lepsius hat es betont, «universalisierte».

In der Tat hat sich der ostdeutsche Staat lange Zeit beharrlich geweigert, die bedrückende Erblast der NS-Zeit mitzutragen. Mochte er sich auch als «Mitglied einer antifaschistischen Allianz gegen den Kapitalismus» ideologisch überlegen fühlen, es war anmaßend, geschichtsvergessen und mit neuem Unrecht verbunden, dass er die auch ihm aufgegebene Verpflichtung zur materiellen Wiedergutmachung größtenteils ausschlug, weil er seine politische Mitverantwortung für die Folgen der Hitler-Diktatur bestritt. Er bekannte sich zu einer Art deklamatorischem Antifaschismus und behauptete in seiner Verfassung von 1968 in Artikel 6, den «deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet» zu haben. – Sehr spät, kurz vor Ende des Staates, hat die am 18. März 1990 gewählte, erste demokratisch legitimierte Volkskammer der DDR diese schwer erträgliche Schiefelage wenigstens noch verbal korrigiert.

Während sich die DDR als antifaschistische Neugründung ausgeben und eine unmittelbare Verantwortung für die Folgen der Hitler-Diktatur abweisen konnte, bot sich der Zweiten Republik Österreich als Ausweg, dass die Moskauer

Erklärung der Alliierten vom 1. November 1943 sie zum ersten von den Nationalsozialisten besetzten europäischen Land deklariert hatte. Damit konnte die begeisterte Zustimmung vieler Österreicher zum von Hitler ultimativ geforderten, mithin erzwungenen «Anschluss» an das Deutsche Reich relativiert werden. Auch Österreichs Anteil am Nationalsozialismus, an Weltkrieg und Gewaltverbrechen blieb so lange am Rande des politischen Diskurses.

Der westdeutsche Teilstaat war in der Tat nur einer von drei Nachfolgestaaten des «Großdeutschen Reiches», aber mit einer ganz anderen Ausgangslage als Österreich und die DDR, durch die er sofort in die Pflicht genommen wurde. Die Bundesrepublik vertrat eine Art «Dachtheorie», derzufolge das Deutsche Reich fortbestand, und begriff sich als wichtigsten und entscheidenden Rechtsnachfolger des von den Alliierten liquidierten Deutschen Reiches von 1871. Dies hatte Konsequenzen, denn sie musste sich in besonderer Weise mit der Last auseinandersetzen, die der Nationalsozialismus bedeutete. Deshalb versuchte sie von Anbeginn und teilweise gegen heftige Widerstände von Interessengruppen vor allem von Soldaten, von Heimatvertriebenen und sich als «Entrechtete» bezeichnenden Zeitgenossen, ein umfassendes Verhältnis zur Zeitgeschichte zu finden. Das hieß, die ungeteilte Erbschaft des Deutschen Reiches aus Hitlers Diktatur zu übernehmen, mit allen emotionalen Risiken und Verbindlichkeiten. Der besonderen Lage der Bundesrepublik wird man nur gerecht, wenn sie in diesem Spannungsverhältnis gesehen und entsprechend gewürdigt wird, was es bedeutete, Nachfolgestaat und zugleich teilstaatliche Neugründung in der Konkurrenz mit der DDR gewesen zu sein.

Der innere Wandel und die neue internationale Rolle der Bundesrepublik im Rahmen des Ost-West-Konfliktes standen unter drei richtunggebenden Impulsen. Die Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Republik gab der zweiten Republikgründung in Deutschland eine stark defensive Ausrichtung. Bonn sollte nicht Weimar werden. Verfassungs- und strafrechtliche Sicherungen brachten das ebenso zum Ausdruck wie die Abwehr von Antisemitismus, Links- und Rechtsextremismus. Letztere wurden unter dem Einfluss der vorherrschenden Totalitarismustheorie des Kalten Krieges tendenziell gleichgesetzt. Das umgangssprachlich populäre Label für die Gleichsetzung steuerte die politische Farbenlehre bei: braun gleich rot. Umstritten war, ob es sich um eine «falsche Gleichung» handelte.

Einer differenzierten Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur war diese Gleichsetzung nicht förderlich. Damit einher ging das Bestreben, den hypertrophen Nationalismus der Vergangenheit aufzulösen durch eine Europäisierung des politischen Bewusstseins der Bevölkerung und ihre Einbindung in die westeuropäisch-atlantische Staaten- und Wertegemeinschaft.

Der dritte Impuls resultierte aus der nationalsozialistischen Erblast selbst. Das politisch-moralische Schuld- und materielle Schuldenproblem, das Hitlers Unrechtsstaat hinterlassen hatte, blieb unabweisbar und ist bis in die Gegenwart, etwa in der gegen große Widerstände durchgesetzten Zwangsarbeiterschädigung, virulent geblieben. Gewiss, der Protest der «schweigenden Mehrheit» verlangte immer wieder den «Schlussstrich», doch die Akteure, die die «unbewältigte Vergangenheit» kritisierten, behaupteten sich.

Die politische Praxis zeigte schnell, dass die Doppelrolle, Nachfolge und Neugründung zugleich zu verkörpern, eine Überforderung mit sich zu bringen schien. Denn als Nachfolgestaat war die Bundesrepublik zugleich Treuhänder und Schuldner, woraus sich drei langfristige politische Verpflichtungen ergaben bzw. ableiten ließen: ein internationaler Alleinvertretungsanspruch, ein – verfassungsrechtlich festgeschriebenes – Wiedervereinigungsgebot und gegenüber den Siegern und Besatzungsmächten die Verpflichtung zur Tilgung der materiellen Schuldenlast aus der Nachkriegszeit sowie gegenüber den ehemaligen Verfolgten die Verpflichtung zur Entschädigung für erlittenes Unrecht.

Diese Anstrengungen standen zunächst im Vordergrund, erinnerungskulturelle Bemühungen kamen später verstärkt hinzu. So blieb in der westdeutschen Öffentlichkeit der Wille sichtbar, sich den Diktaturfolgen zu stellen, wie widerstrebend und innergesellschaftlich umstritten dies auch immer geschah. Die nichtorganisierte Partei der Schlussstrich-Befürworter hatte verständlicherweise immer dann Zulauf, wenn es neue Impulse gab, die öffentliche Auseinandersetzung zu beleben und zu verstetigen. Die Reaktion auf den ersten Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main in den Jahren 1963–65 ist ein Beispiel, ein anderes die Paulskirchenrede von Martin Walser 1998 als Reflex auf die erinnerungs- und geschichtspolitisch so lebhaften wie kontroversen neunziger Jahre.

Die Bundesrepublik ist ein anschauliches Beispiel für einen langen, zunächst von außen eingeleiteten, sehr stark von den Siegermächten kontrollierten, seit den auslaufenden fünfziger Jahren dann aber zunehmend innen-geleiteten politischen Transformationsprozess, in dem «vernünftiges Lernen aus der Vergangenheit und neurotische Prägung durch die Vergangenheit eine eigentümliche Verbindung» eingegangen sind (Peter Graf Kielmansegg). Dies führte zu charakteristischen Unsicherheiten, Unterlassungen, Übertreibungen und äußerte sich etwa im Bedürfnis nach Stabilität und nationalstaatlicher Normalität, in Konfliktscheu, Konsenssucht und geringer Ambivalenz- bzw. Frustrationstoleranz, im forcierten kollektiven Stolz oder im Selbstmitleid – und nicht zuletzt und darin eingebettet: in typischen Wahrnehmungen, Verzerrungen und Bewertungen der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Wer auf die sechzigjährige Geschichte der Bundesrepublik, ihre äußeren Veränderungen und inneren Wandlungen zurückblickt, muss ein vielschichtiges Geschehen einer schwer gezeichneten Industriegesellschaft begreiflich machen, die sich durch die gegen Europa gerichteten und auf Weltherrschaft zielenden Aggressionen der Hitler-Diktatur nachhaltig kompromittiert und aus der Staatengemeinschaft zivilisierter Völker ausgeschlossen hatte. Noch vor der politischen Staatsgründung mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 lag das auch symbolisch sehr viel aussagekräftigere Geburtsdatum der Bundesrepublik, der eigentliche Beginn der Nachkriegszeit, der 20. Juni 1948, der Tag der Währungsreform mit der Einführung der D-Mark. Erst jetzt schien den Zeitgenossen die Nachkriegszeit beendet zu sein. Wir wissen: Sie täuschten sich, denn eine neue Währung bedeutet nicht, dass auch Geschichte gänzlich neu beginnt. Die trostlos leeren Schaufenster füllten sich mit neuen Waren, die man mit neuem Geld kaufen konnte. Der Volksmund machte diese Zäsur zur Zeitenwende, sprach von einer Zeit «vor und nach der Währung».

Mit der D-Mark begann der Wiederaufbau, die ökonomische Rekonstruktion, und wenig später das «Wirtschaftswunder». Auf diesem Terrain gelang es der Bundesrepublik früh, das Odium des Verlierers abzustreifen, die innerdeutsche Systemkonkurrenz für sich zu entscheiden, gleichsam das Bild der Zusammenbruchs- und Trümmersgesellschaft abzuschwächen und durch Erfolge – Motorisierung, Reisemöglichkeit, «Fresswelle» oder das «Fräulein-Wunder» – zu überlagern. Natürlich beruhte der Aufstieg aus den Trümmern nicht nur auf eigener Leistung, sondern wurde von den USA, später durch Europa unterstützt, aber im Bewusstsein der Westdeutschen tat er es eben doch in hohem Maße. Endlich schien wieder die sprichwörtliche «deutsche Tüchtigkeit» Erfolg zu haben. Mit der «sozialen Marktwirtschaft», mit DM und VW-Käfer und, auch körperlich-habituell, der Person des überaus populären Wirtschaftsministers Ludwig Erhard, fand dieses wie verwandelt neuerstehende westliche Deutschland seine attraktiven und selbstbewusst gezeigten Symbole. Vor der Geschichte erschien es zwar nicht rehabilitiert, aber die Last der Vergangenheit trat in den Hintergrund. Mochten auch immer wieder Hakenkreuze und SS-Runen an Häuserwände geschmiert, immer wieder jüdische Friedhöfe geschändet und verwüstet werden – die Weltöffentlichkeit staunte nicht nur, sie war auch bereit, den Wandel des westdeutschen wie – und das darf nicht übersehen werden – des ostdeutschen Selbstverständnisses anzuerkennen. Und dennoch zeigte sich in den Reaktionen vor allem der ostmitteleuropäischen Staaten, auch der Niederlande und Dänemarks, dass nicht wenige misstrauisch blieben.

Der als «Wunder von Bern» apostrophierte, überraschende Gewinn der Fußballweltmeisterschaft im Jahre 1954 kam als sportlich-glanzvolle Krönung

des ersten Nachkriegsjahrzehnts hinzu. Erneut hatte Deutschland sich und der Welt gezeigt, dass seine Bürger durch eigene, gemeinschaftliche Leistung etwas werden und darstellen konnten und einen Gemeinschaftswillen verkörpert. Sepp Herbergers elf Männer wurden zur langlebigen Legende, zum Mythos. Schien sich nicht die Spruchweisheit zu bestätigen, dass «Glück auf Dauer nur der Tüchtige» hat? So proklamierte man: «Wir sind wieder wer!»

Es gelang der jungen Bundesrepublik anscheinend früh, den Täter- und Verlierermakel abzustreifen. Dennoch blieb die Vergangenheit auch in den fünfziger Jahren gegenwärtig. Es war angesichts der hohen Zahl kompromittierter und kriminell belasteter Personen nur eine Frage der Zeit und der Zufälle, dass die politisch und justiziell nicht aufgearbeitete Vergangenheit sich wieder bemerkbar machen würde. Der Umgang mit extremistischen Parteien, antisemitischen Vorfällen und prominenten, durch den Nationalsozialismus belasteten Personen in Politik, Justiz, Medizin etc. war ein Indiz für die nachhaltige Bereitschaft zur Selbstreinigung, die die Alliierten, insbesondere die USA, auch verlangten.

John McCloy, der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten, befand sich allerdings in einer überaus schwierigen Lage. Einerseits musste er daran erinnern, dass die Bestrafungs- und Umerziehungspolitik der frühen Nachkriegsjahre kein Irrtum und kein Unrecht war und trotz einer nun zunehmenden Begnadigungs- und Amnestierungspolitik keine Revision anstand. Andererseits musste er vermeiden, dass die neue Bündnispolitik der USA mit dem Frontstaat Bundesrepublik und Adenauers zielstrebig verfolgte Westintegration nicht durch innenpolitische Konflikte und neue antiwestliche Vorbehalte belastet würde.

So waren Dynamik und Konfliktstruktur der internationalen Beziehungen unmittelbar relevant für die innerdeutsche Entwicklung. Diesen Zusammenhang muss im Auge behalten, wer die Rückkehr Westdeutschlands zum demokratischen Rechtsstaat und sein Herzstück, die noch stark außengeleitete «Vergangenheitsbewältigung» der frühen Jahre, verstehen und angemessen bewerten will – die Bewältigung der Folgen der Gewaltherrschaft und des Weltkrieges.

Die «politische Klasse» der Bundesrepublik, ihre Führungsgruppen und die westdeutsche Bevölkerung haben sich oft widerstrebend und binnengesellschaftlich stets widerstreitend verhalten. Wie hätte es denn auch anders sein sollen bei einer in großen Teilen durch den Nationalsozialismus kompromittierten Gesellschaft, in die Emigranten, Regimegegner, DDR-Flüchtlinge und Vertriebene aus den früheren Ostgebieten sozial integriert, der materielle Aufbau bewältigt, die drängenden Entschädigungsansprüche der überlebenden Verfolgten befriedigt, weiterhin Straftaten ermittelt und Täter bestraft werden

mussten, soweit dies durch alliierte Militärgerichte in den ersten Nachkriegsjahren noch nicht geschehen war?

Angesichts der inneren und äußeren Rahmenbedingungen, angesichts der Fülle und Komplexität der gestellten Aufgaben, wird man, was die Bundesrepublik in den ersten etwa fünfzehn Jahren nach dem Kriege durch Tun und Lassen, mittels eigenen Zielen und äußerem Druck erreicht hat, alles in allem respektabel nennen müssen. Jedenfalls bei unaufgeregter und unvoreingenommener Würdigung der historisch-politischen Tatbestände, Risiken und realen Möglichkeiten. Dieses Urteil aus dem Abstand von über sechs Jahrzehnten zum Ende des verbrecherischen NS-Staates bedeutet nicht, schmerzliche Versäumnisse und offenkundiges Versagen im Umgang mit dieser Vergangenheit zu übersehen.

[...]